

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 505 D

04. Mai 2014

39. Jahrgang

Es war einmal ein Flughafen



Der ehemalige Flughafen Tempelhof wird immer als Flughafen erkennbar bleiben. Aus der Luft und vom Boden. Auch wenn es eine Randbebauung geben sollte, ist die Fläche weiterhin „durch zwei Start- und Landebahnen sowie den umlaufenden Taxiway aus der Luft und im Gelände eindeutig als ehemaliges Flugfeld identifizierbar und erlebbar.“ Quelle: „Amtliche Information zum Volksentscheid über den Erhalt des Tempelhofer Feldes.“ Text: Trägerin des Volksbegehrens „100-Prozent Tempelhof“.

Davon, dass durch eine Randbebauung von rund 70 der 300 ha großen

Freifläche (ohne Vorfeld des Flughafengebäudes) mit Wohnungen, Gewerbe, Bibliothek, Schule und Kitas das Feld in „seiner Leistungs- und Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt“, wie es die Initiative befürchtet, beeinträchtigt wird, ist kaum auszugehen. Auch die „Eigenart und Schönheit seiner Landschaft und seines Nutzens für die Erholung“ dürfte von der geplanten Bebauung kaum in Mitleidenschaft gezogen werden. Wegen „seiner kulturhistorischen Bedeutung und als Ort der Berliner Geschichte, der Flugfahrt und des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ ist das Tempelhofer Feld „von einmaligem Wert“, schreibt die Initiative. Ja, das ist vollkommen richtig und es wird auch richtig bleiben, wenn an der Flughafenseite des Tempelhofer Damms 1.700 Wohnungen entstanden sein werden. Die Opfer des Nationalsozialismus für die Argumentation eines Volksentscheids zu instrumentalisieren, ist mehr als nur geschmacklos. Allein das Flughafengebäude wird auf ewig und immer Mahnung sein an ein Deutschland, das nur zwölf Jahre existierte, aber für viele Hundert Schaden in der Welt angerichtet hat.

Die Beschäftigung mit der Frage, das Feld so wie es ist, zu belassen, oder am Rande zu bebauen und zu erschließen, ist – wie man so schön sagt – komplex. Der Autor dieses Beitrages hat sich so ziemlich alles durchgelesen, was es zum Thema gibt. Die einzig verbliebene Sorge ist die Bewältigung des zusätzlichen Verkehrsaufkommens durch die Menschen, die in den 4.700 Woh-

nungen leben werden und durch die Beschäftigten der Gewerbeansiedlung. Ansonsten muss man sich sehr genau ansehen, was alles nicht möglich wäre, wenn 100-Prozent Tempelhof am 25. Mai Erfolg haben würde.



Stadtentwicklungssenator **Michael Müller** (SPD) (Foto Mitte) ist derzeit nicht zu beneiden. Fast täglich ist er in der Stadt unterwegs, um den Plan des Senats und der SPD-CDU-Abgeordnetenhaus-Koalition zu erklären.

Seine Parteiliebe aus Tempelhof-Schöneberg machen selbst vor dem Sonntag nicht halt. Zur Matinee luden die Kreisvorsitzende der Bezirks-SPD, **Dilek Kolat**, und Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler**, ins Flughafengebäude ein. Ruhig und sachlich erklärt der Senator worum es geht und lässt sich durch Zwischenrufe eines offenbar zur Initiative gehörenden Bürgers nicht nur nicht aus der Ruhe bringen, sondern widerlegt Satz für Satz dessen Behauptungen.



Das Tempelhofer Feld ist ein einmaliges großes freies Stück innerhalb des Berliner S-Bahnringes, der als attraktive Wohnfläche gilt. 85 Prozent des Wohnungsbestandes innerhalb dieses Rings sind privatwirtschaftlich. Das widerlegt sehr eindrucksvoll die Forderung, man könne ja auch woanders günstig bauen. Müller will in Tempelhof mit den städtischen Wohnungsgesellschaften die Bebauung realisieren. Zwei Gesellschaften und eine Genossenschaft errichten am Tempelhofer Damm 1.700 Wohnungen, von denen mindestens 50 Prozent zwischen sechs und acht Euro je Quadratmeter kosten dürfen. Erreicht werden soll dies durch eine Mischkalkulation, bei der es auch teurere Wohnungen geben wird und geben muss, weil unter zehn Euro pro Quadratmeter heute kaum noch eine Wohnung gebaut werden kann, egal von wem.

Sollte der Volksentscheid 100-Prozent Tempelhof Erfolg haben und nicht der Gegenentwurf des Abgeordnetenhauses, muss jeder wissen, was danach noch möglich ist und was nicht. Im Randbereich dürfte nichts gebaut werden, und, so Michael Müller, mindestens für die nächsten beiden Legislaturperioden. Kein Senat würde nach einem Volksentscheid die Sache sofort kippen und

umdrehen. Erlaubt wären nach dem Gesetzentwurf der Initiative im Randbereich lediglich ungedeckte Sportflächen ohne Beleuchtung, Parkbänke, Tische und Papierkörbe, sanitäre Anlagen (aber keine festen Toilettenhäuser oder Umkleidegebäude), nicht einmal Hinweisschilder und Beleuchtung.

Im großen zentralen Wiesenbereich, der inzwischen von vielen Berlinern und Gästen als Naherholungsgebiet genutzt wird, dürften keine Parkbänke stehen, auch keine Hinweisschilder auf die so beschworene Geschichte des Areals. Ebenfalls nicht möglich wären der Neubau von Rad und Fußwegen sowie Sport- und Kinderspielplätzen. Auch gastronomische Einrichtungen dürften sich hier nicht ansiedeln. Man stelle sich das vor: Sonntagsspaziergang bei knapp 30 Grad. Keine Parkbank, kein schattiges Plätzchen, keine Getränke und nur einige DIXI-Klos. Das alles kann wirklich niemand ernsthaft wollen.

Das Abstimmungsverfahren am 25. Mai sieht einfach aus, ist es aber nicht. Es geht oberflächlich betrachtet, um Ja oder Nein einer Randbebauung. Beide Gesetzentwürfe, der der Initiative und der des Abgeordnetenhauses muss nämlich für sich allein gewinnen oder kann verlieren. Jeder Entwurf muss erst einmal für sich genommen, eine Zustimmung von einem Viertel der Wahlberechtigten erhalten. Das sind rund 620.000.

Erreichen beide Fragen dieses Ziel, gewinnt der Antrag mit den meisten Ja-Stimmen. Die Nein-Stimmen haben in diesem Spiel nur statistische Bedeutung. Damit beide Anträge die 25-Prozent-Hürde überspringen können, müssten sich also mindestens 1,24 Mio. Wähler mit einem Ja für die Abstimmungsfrage 1 oder 2 beteiligen – gleichmäßig verteilt, versteht sich. Die darüber liegenden Ja-Stimmen entscheiden, wer gewonnen hat.

Die Abstimmung findet am Tage der Europawahl statt. 2009 haben sich rund 35 Prozent der Berliner an der Europawahl beteiligt. Bei der augenscheinlichen Europa-Verdrossenheit muss man schon sehr optimistisch sein, wenn man auf eine höhere Beteiligung hofft. Würden es nicht mehr als 35 Prozent, ist es rein rechnerisch gar nicht möglich, dass beide Abstimmungsfragen für sich genommen eine 25-prozentige Zustimmung erreichen. Eine Frage allein könnte es schaffen. Bei der Entweder-Oder-Mentalität eines normalen Wählers, ist eher anzunehmen, dass beide Abstimmungen in der Tonne der verlorenen Volksentscheide landen. Glaubt wirklich jemand ernsthaft, dass wegen der Tempelhof-Frage mehr Menschen zur Europawahl gehen? Wer interessiert sich denn in Pankow, Weißensee, Reinickendorf oder Spandau für Tempelhof?

Es besteht die Gefahr, dass Menschen irgendwo ihr Kreuz machen, ohne sich mit der umfangreichen Materie beschäftigt zu haben. Aber gegen die Regierung zu stimmen, macht immer Spaß. Bleibt zu hoffen, dass das Protestpotenzial in Berlin diesmal nicht ausreicht.

Ed Koch